

## EBK befasst sich mit Converium

Bern. – Nun muss sich auch die Übernahmekammer der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) mit dem Übernahmeangebot des französischen Rückversicherers Scor für den Schweizer Konkurrenten Converium befassen. Sowohl Scor wie auch der Financier Martin Ebner lehnen die am 9. Juni erlassene Empfehlung der Übernahmekommission zum öffentlichen Kauf- und Umtauschangebot von Scor teilweise ab, wie die EBK in der Nacht auf gestern mitteilte. Das bis zum 9. Juli befristete Übernahmeangebot von Scor läuft aber weiter. (ap)

## Die SP liegt vor der SVP

Zürich. – Die SP hätte laut einer Meinungsumfrage bei den Nationalratswahlen die Nase vorn, wenn jetzt gewählt würde. Sie käme neu auf einen Wähleranteil von 25,2 Prozent, gefolgt von der SVP mit 24,4 Prozent. In der Mitte liefern sich FDP und CVP ein Kopf-an-Kopf-Rennen: Der Anteil der FDP stieg innert dreier Monate um einen halben Prozentpunkt auf 15,9 Prozent. Die CVP gab 0,6 Prozentpunkte ab und liegt nun bei 15,0 Prozent. Die Grünen legten um 1,6 Prozentpunkte auf 9,8 Prozent zu. Mehrheitlich abgelehnt wurden in der Umfrage, die im Auftrag des «Blicks» durchgeführt wurde, ein Minarett-Verbot und Steuergeschenke für Reiche. (ap)

## Schweizer Soldaten im Südsudan?

Zürich. – Der Ende Jahr abtretende Armeechef Christophe Keckeis kann sich Schweizer Soldaten mit Uno-Mandat im Südsudan vorstellen. In einem «Tages-Anzeiger»-Interview denkt er auch an ein grösseres Kontingent im Kosovo. Nach seinen Worten könnte dort die Schweiz den lokalen Kräften eine Grundausbildung im Verhalten als Stabilisierungstruppe beibringen. Laut dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) gibt es für den Südsudan trotz einer Erkundungsmission vorerst keine konkreten Projekte. (ap)

# Die Buchhändler entdecken die Freiheiten des Marktes

**Anfang Mai hat der Bundesrat die Buchpreise freigegeben. Zum befürchteten Kollaps der Branche kommt es darum aber nicht – im Gegenteil: Die Buchhändler erfreuen sich eines neuen Selbstbewusstseins.**

Von Gieri Caveltz

Bern. – Jahrelang hatte der Buchhändler- und Verleger-Verband gewarnt: Die Aufhebung der Preisbindung führe zu einer Verarmung der Buchhandelslandschaft. 30 bis 40 Prozent der Deutschschweizer Buchhandlungen würden in kürzester Zeit verschwinden, sollten die Buchpreise nicht mehr einheitlich festgelegt werden. Ausserdem würden mit Ausnahme der Bestseller alle Bücher teurer.

Papperlapapp: Anfang Mai hat der Bundesrat die Preisbindung aufgehoben – seither ist nichts Negatives passiert. Die grossen Ketten haben die Preise für Bestseller zwar umgehend um bis zu 30 Prozent gesenkt. Die übrigen Titel sind aber keineswegs teurer geworden. Und: Die kleinen und mittleren Buchhandlungen werden weiterhin frequentiert. «Für uns hat sich nichts geändert», sagt Gudelia Kobelt, Buchhändlerin bei Schuler in Chur. «Das hatte ich nicht erwartet.»

### Kleine rücken zusammen

Überrascht ist man auch beim Buchhändler-Verband. Offiziell äussert man sich nicht zur Situation der Branche. Es lägen darüber noch keine Informationen vor, heisst es am Verbandsitz in Zürich. Hinter vorgehaltener Hand räumt man indes ein, dass das Geschäft überall so gut läuft wie lange nicht mehr. Weil dieser Befund aber schlecht zu den früheren Warnungen passt, führt man ihn verbandsintern etwas einseitig auf die jetzige Hochkonjunktur zurück.

Die Konjunktur hilft den kleinen Buchhandlungen fraglos. Wahr ist aber auch: Mit seinem Beschluss hat der Bundesrat viele Kleinbuchhandlungen von einer dicken Staubschicht der Lethargie befreit. Die Händler entdecken die Kreativität: Newsletter werden eingerichtet und so viele Lesungen organisiert wie selten zuvor. Schon mancher Kleine hat den Vorteil



**Buchhändler profitieren von besseren Einkaufsbedingungen:** Die Preise für Bestseller wurden um bis zu 30 Prozent gesenkt.

Bild Keystone/Geatan Bally

variabler Preise entdeckt. Die Zürcher «Buchhandlung am Helvetiaplatz» etwa gewährt neu Studentenrabatte sowie Treueprämien und lanciert Sonderangebote. «Natürlich müssen wir mehr Umsatz machen als bisher, um den Ertrag zu halten», sagt Co-Geschäftsführer Martin Bosshard. «Man muss das kalkulieren wieder erlernen.» Im Übrigen dürfe seine Buchhandlung ihr Profil als Anbieterin politischer Literatur noch etwas schärfen. Bosshard: «Eine Zukunft gibt es für die meisten Betriebe unserer Grösse nur als Spezialisten mit entsprechender Fachkompetenz.»

Grosse Hoffnungen setzt Bosshard auf den Verein der unabhängigen Kleinbuchhandlungen. Im dritten Jahr ihres Bestehens zählt diese Interessengemeinschaft 79 Geschäfte. «Eine nicht zu unterschätzende Marktmacht», weiss Gründungspräsident Urs Heinz Aerni. Eine Marktmacht, die man auch auszuspüren möchte: Morgen Montag werden die Kleinbuchhändler an einer ausseror-

dentlichen Generalversammlung entscheiden, in welcher Form man künftig den Verlagen und Importeuren als Grosseinkäufer gegenübertritt will. «Das kann von lockeren Absprachen gehen bis hin zur Gründung eines eigenen Einkaufsunternehmens», so Aerni. «In jedem Fall profitieren wir von besseren Einkaufsbedingungen, wenn wir von einem Titel 500 statt fünf Exemplare bestellen.»

### Bessere Bildung notwendig

Ebenfalls zu verbessern gilt es in Aernis Augen die Aus- und Weiterbildung. «Wir Buchhändler brauchen ein neues Selbstbewusstsein. Heute sehen wir uns selbst oft als blosser Verkäufer. Die Buchpreisbindung hat viele von uns sehr bequem gemacht.» Hier sieht Aerni in erster Linie den Branchenverband gefordert, der schon heute für den Bildungsbereich verantwortlich zeichnet. Tatsächlich hat man dort jetzt reagiert: Für Oktober ist eine Veranstaltung unter dem Titel «Besser leben in der Nische» anbe-

raucht. «Es soll eine neue Art von Weiterbildung sein, wie wir sie vorher noch nicht angeboten haben», heisst es in der Ankündigung.

### Ein überflüssiges Gesetz

Seine Ambitionen als politische Organisation hat der Buchhändler-Verband allerdings noch nicht aufgegeben. Voraussichtlich in der Herbstsession wird sich das Parlament erstmals mit der Einführung eines Buchpreisbindungsgesetzes befassen. Vor diesem Hintergrund lobbyiert man jetzt tüchtig bei den Bundesparlamentariern für die Wiedereinführung der Preisbindung. In Kraft treten würde ein solches Gesetz jedoch frühestens 2009. «Bis dahin dürfte sich ohnehin entschieden haben, welche kleinen Buchhandlungen es schaffen und welche nicht», meint Kleinbuchhändler Martin Bosshard. «Dann braucht es dieses Gesetz auch nicht mehr. Unter uns: Genützt hat die Buchpreisbindung doch ohnehin nur den Grossbuchhandlungen.»

## SONNTAGSKOLUMNE

# Die Medien brauchen keine Subventionen des Staates



Von Filippo Leutenegger

Die Verlagsbranche befindet sich in einem radikalen Strukturwandel, und wer in der gegenwärtigen Hochkonjunktur keine Gewinne schreibt, hat ein ernsthaftes Problem und sollte dringend über eine Radikallösung nachdenken. Ringier hat mit der Schliessung von «Cash», das jahrelang Millionenverluste einfuhr, den Anfang gemacht. Und weitere werden folgen. Heftig spekuliert wird in der Branche über das hochdefizitäre Nachrichtenmagazin «Facts» und die TV-Zeitschriften von

Ringier und Jean Frey. Der rapid sinkende Stern des «Blicks» löst in den Chef- und Journalistenetagen ebenfalls heftigen Schüttelfrost aus, und immer mehr Regionalzeitungen pfeifen aus dem vorletzten Loch. Praktisch alle klassischen Tageszeitungen und Zeitschriften können trotz enormer Anstrengungen ihre Abonnenten nicht halten und verlieren Auflage und damit Leser und Substanz.

**Gleichzeitig erstürmen** Gratispublikationen, allen voran «20 Minuten» jedes Jahr neue Rekordmarken und verdienen das grosse Geld. Zudem hat Internet das Medienverhalten radikal verändert. Immer mehr Menschen konsumieren News und Informationen gratis und sind nicht mehr bereit, dafür Geld zu bezahlen. Das Web und die neuen elektronischen Medien werden für Konsumenten und Inserenten immer interessanter und lukra-

tiver, denn auf Online erreicht man die Leser und Konsumenten direkt, günstig und ohne Streuverluste. Von einer generellen Krise zu sprechen, ist also verfehlt. Im Gegenteil, die Printbranche boomt, aber nicht mehr mit klassischen Informationsmedien, sondern mit Produkten, die sich an Zielgruppen orientieren und mit werbefinanzierten Gratiszeitungen und Online.

**Mitten in diesem Strukturwandel** debattiert nun das Parlament, ob die Verlagsbranche aus staatspolitischen Gründen wie bisher mit 80 Millionen Franken für die Postverteilung unterstützt werden soll. Der Ständerat hat nun in letzter Minute erkannt, dass diese Subventionen aus der Giesskanne nicht viel bringen, und will deshalb nur noch die strukturschwache Regionalpresse mit 20 und die Mitgliederpresse mit zehn Millionen Franken unterstützen, und

zwar richtigerweise befristet. Dafür muss man gratulieren, denn eine Subventionierung der Presse ist ein Auslaufmodell, das den rasanten Strukturwandel nicht aufhalten kann. Eingeführt hatte man die Subventionierung übrigens, um die Pressevielfalt zu erhalten. Mit dem Internet und den neuen elektronischen Medien ist die viel beschworene Medienvielfalt garantiert und die Eintrittsschwelle so tief, dass sich jedermann publizistisch betätigen kann. Was wir jetzt brauchen ist kein falscher Heimatschutz mit der Giesskanne, sondern die Abschaffung aller Subventionsformen im Medienbereich und eine Liberalisierung der Post. Denn die Medienvielfalt ist in unserem Lande überhaupt nicht gefährdet, eher die Meinungs- vielfalt.

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat.

## Flüchtlingsfest mit Solidaritätsmarkt

**In Bern haben gestern Nachmittag rund 3500 Personen in einem Umzug durch die Innenstadt gegen Ausländerfeindlichkeit demonstriert. Danach fand auf dem Bundesplatz das Flüchtlingsfest statt.**

Bern. – Das Fest, das um 15 Uhr begann, stand unter dem Motto «Stopp Ausgrenzung». Auf dem Bundesplatz wurden Stände aufgebaut. Es gab Musik, Tanz und Kulinarisches aus Asien, Nahost und Afrika. Reden hielten unter anderen die Berner Gemeinderätin Regula Rytz und der Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, Beat Meiner. Im Vordergrund des Festes standen Lebensfreude und Solidarität. «Wir wollen ein Gegengewicht zu der aufgeladenen Diskussionskultur in der Politik bilden», sagte eine Mitorganisatorin.

Zuvor fand in der Innenstadt ein Demonstrationsumzug unter dem Motto «Grundrechte für alle» statt. Dieser wurde vom Berner Verein «Solidarité sans frontières» organisiert und von zahlreichen Sanspapier-Kollektiven, Hilfswerken und weiteren Organisationen unterstützt. (sda)